

Es gilt das gesprochene Wort!

## **Rede im Juni-Plenum (16.06.2009) zur Verabschiedung des Schulgesetzes**

Anrede,

heute wird die Mehrheit dieses Hauses das heftig umstrittene Schulgesetz beschließen. Die Regierungsfractionen haben das Maßnahmenpaket, das den Schulen in unserem Land droht „Bildungsland Niedersachsen“ getauft.

Was geschieht nach Inkrafttreten dieses Gesetzes?

- Sie bauen die Vollen Halbtagschulen ab, und nehmen den Kindern fünf Stunden in der Woche Unterricht weg.
- Sie bauen das Abitur nach 13 Jahren ab, und nehmen den Gesamtschulen und Schülern ein ganzes Jahr Unterricht weg
- und Sie bauen die Allgemeinbildung an der Realschule und der Hauptschule ab und lassen unterschiedliche Entwicklungen im Lande zu, so dass Hauptschulen oder Realschulen Bildungsangebote nach Kassenlage der Kommunen machen werden.

Wissen Sie, wie ich so ein Gesetz nenne? Das ist ein Gesetz zum Abbau von Bildungsqualität und Bildungschancen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
dieses Gesetz hat trotz der kurzen Beratungszeit viele Opfer gefordert. So ist der CDU-Fraktion nicht nur ihre bildungspolitische Sprecherin Frau Körtner abhanden gekommen, sondern der Staatssekretär Uhlig hat seinen Posten räumen müssen zugunsten von Herrn Dr. Althusmann, der jetzt das regeln soll, was die Kultusministerin nicht in der Lage ist zu regeln.

Die Mitarbeiter der Landesschulbehörde und des MK werden Zeitungsberichten zufolge von Vertretern der Regierungsfractionen als „Saftladen“ oder „Schweizer Käse“ beschimpft.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen:

Sie haben immer noch nicht die Gewaltenteilung in unserem Staate verstanden: Das Parlament bestimmt, welche Politik gemacht wird. Nicht die Mitarbeiter der Ministerien oder der Landesschulbehörde. Ihre Art und Weise Mitarbeiter als Prellbock für eine verfehlte Bildungspolitik zu nutzen, finde ich richtig schäbig.

- Sie statten die Landesschulbehörde mit immer weniger Personal aus und geben ihr gleichzeitig immer neue Aufgaben, die dort gar nicht mehr geschafft werden können.
- Sie sorgen mit Ihrem mit heißer Nadel gestrickten Bildungsdesaster dafür, dass das Ministerium mit seinen Fachleuten nur noch nacharbeiten kann.
- Sie umgehen die ordentlich einzuhaltenden Fristen für ein Gesetzgebungsverfahren, das eine Landesregierung vorlegt, indem Sie es als Gesetzentwurf der Landtagsfractionen bezeichnen und übernehmen dann – bis auf Frau Körtner – nicht die wirkliche Verantwortung für dieses Chaos.

Wer von Ihnen ist bereit, mal ehrlich und offen, die Verantwortung zu übernehmen für das, was Sie jetzt den Eltern Schülern und Lehrern aufdrücken?

Fehlanzeige!  
Niemand!

Stattdessen beschimpfen sie lieber die Ministerialbeamten und die Mitarbeiter der Landesschulbehörde!

Die Verantwortlichen schlagen sich in die Büsche und die, die die Suppe auslöffeln müssen, werden von den wahren Verursachern dieser Politik auch noch beschimpft! Wir sagen ihnen ganz deutlich:

Sie klauen den Kindern ihre Bildungschancen und schreien anschließend auch noch haltet den Dieb!

Was findet denn konkret zurzeit im Lande statt?

- Die CDU-Basis widerspricht in Resolutionen und Briefen der eigenen Landtagsfraktion.
- Viele CDU Mitglieder wenden sich vom bildungspolitischen Blindflug ihrer Landespolitiker mit Grausen ab.
- Kreistage und Stadträte beschließen mit einstimmigen Mehrheiten, dass Sie für Ihre Gesamtschulen oder Vollen Halbtagsschulen den derzeitigen Status erhalten wollen.

Und wofür das alles?

Und das alles für ein Gesetz, das die Bildungsqualität in Niedersachsen abgebaut.

Der Name Ihres Maßnahmenkataloges „Bildungsland Niedersachsen“ klingt wie Hohn in den Ohren der vielen engagierten Eltern Lehrkräfte und Schüler! Die Menschen teilen nicht Ihre Ansichten. Sie wollen keine Auflösung der vollen Halbtagschulen. Sie wollen kein Turbo-Abitur. Aber was viel schlimmer ist. Sie nehmen die Argumente der Eltern, Lehrer und Schüler und Verbände nicht ernst:

- Dass sie sogar die Demonstranten als hysterisch oder überzogen bezeichnen, dass sie den Leuten ein „Bildungsland Niedersachsen“ vorstellen und in Wirklichkeit einen Bildungsabbau produzieren,
- dass sie ein Pseudo-Anhörungsverfahren durchführen und nicht auf ein einziges Argument in diesen Anhörungsverfahren eingegangen sind
- dass sie nicht genügend Zeit für eine ordentliche Teilhabe an der Auseinandersetzung um den besten Weg für ein gutes Schulgesetz geben
- dass sie Tausende von Briefen, Emails, Unterschriften, Petitionen ignorieren und sich einfach darüber hinwegsetzen

sind Beweise dafür.

Jeder in diesem Land weiß, dass das, was Sie heute beschließen werden, nur dem verzweifelten Stopfen von Lücken in der Lehrerversorgung dient und dem

krampfhaften Festhalten an ihrem ideologisch geprägten freigliedrigen Bildungsweltbild.

Sie opfern die vollen Halbtagschulen, für ganze 90 zusätzliche Vollzeitlehreereinheiten, die sie dann an den Gymnasien einsetzen wollen für den Unterricht.

Sie spalten die Schülerschaft an den Gesamtschulen, indem sie aufgrund des Turbo-Abiturs nur noch in unterschiedlichen Kursen unterrichtet werden können.

Damit vernichten sie ein erfolgreiches pädagogisches Konzept. In jedem Fall entziehen sie diesem erfolgreichen Konzept der integrierten Gesamtschulen den Boden, weil nun die Leistungsstarken aufgrund der KMK-Vorgaben in der Sekundarstufe I 13 Stunden zusätzlichen Unterricht erhalten müssen. Damit zerstören sie eine der Säulen der integrierten Gesamtschulen, nämlich die der hohen Durchlässigkeit.

Selbst als Maßnahme zur Sicherung der Unterrichtsversorgung taugt es nicht, denn in den Jahren bis 2018 wird es einen zusätzlichen Bedarf an Lehrerstellen durch die G8 Einführung wie an den Gymnasien so auch an den Gesamtschulen geben.

Und beim Thema Rettung der Hauptschulen sind sie ja von ihrem ursprünglichen Konzept, das ganze Land mit dem Neustädter Modell zu versehen, abgerückt, weil sie erkannt haben, dass es nicht umsetzbar ist für ganz Niedersachsen.

Eben w e i l Niedersachsen zu groß und zu unterschiedlich in der Struktur ist.

Aber leider bringen Sie dann den durchaus guten Ansatz der verstärkten beruflichen Orientierung in Ihr bildungspolitisches Bild hinein und da muss alles fein säuberlich getrennt sein:

Sie werden also beschließen, dass bei der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler nun auch wieder eine „drei Klassen berufliche Bildung“ eingeführt wird.

Fein säuberlich wird wieder in Schubladen aufgeteilt:

Sie teilen junge Menschen in Kategorien ein:

und zwar in die, die her eine berufliche Laufbahn einschlagen und das von Anfang an intensiver lernen sollen und diejenigen, die eine akademische Laufbahn einschlagen, die also nicht so viel berufliche Orientierung erhalten müssen.

Meine Damen und Herren, was ist das nur für ein Menschenbild, das sie da haben? Immer fein saubere Schubladen, damit sie ordentlich sortieren können?

Bei dem ganzen Chaos, das sie verursacht haben in Niedersachsen, wird eines deutlich:

- Sie haben einfach kein Bild von einer modernen Schule der Zukunft!
- Sie wissen nicht, wie die bildungspolitische Antwort auf die Fragestellung der zurückgehenden Schülerzahlen sein soll!

- Sie wissen nicht wie sie umgehen sollen mit dem grundsätzlich veränderten Anwahlverhalten von Eltern und der Bildungsaspirationsspirale, die dadurch ausgelöst wird, dass Eltern es für ihre Kinder immer besser haben wollen, als sie selbst es einmal hatten.
- Sie wissen nicht, wie wir in der Bildung umgehen sollen mit dem zunehmenden Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund oder auch mit Kindern mit Behinderungen.
- Sie haben kein Bild von der Zukunft der Bildung in Niedersachsen.

Wir dagegen haben eines.

Unser Gesetzentwurf lag schon im Februar diesem Hause vor:

Er streicht das Errichtungsverbot und die Fünfüzigkeit macht die Gesamtschulen zu einer gleichberechtigten regulären allgemeinbildenden Schule ohne Wenn und Aber.

Wir nehmen die Wünsche der Eltern ernst, die für ihre Kinder eine längere gemeinsame Schulzeit wünschen.

Und wir erkennen die Arbeit der Gesamtschulinitiativen an, die mit großem Elan und phantasiereichen Aktionen die Gesamtschuldiskussion belebt haben.

Meine Damen und Herren:

Wir wollen, dass Gesamtschulen ihre Arbeit aufnehmen können, wo ein entsprechender Elternwille nachgewiesen ist und die Bereitschaft der kommunalen Schulträger besteht, dem Elternwillen ohne taktische Verzögerungen zu entsprechen.

Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, eine Neuordnung der örtlichen Schullandschaft vornehmen zu können ohne restriktive Vorgaben von oben. Z.B. könnten nach unserem Gesetzentwurf ein vorhandenes Schulzentrum, etwa eine zusammengefasste Haupt- und Realschule, jahrgangsweise aufsteigend in eine Gesamtschule umwandelt werden. Die kommunalen Schulträger fordern dies Übrigen auch. Und ich bin mir sicher, dass sie im eigenen Interesse sachgerecht ihre Schullandschaft neu ordnen werden.

In seiner Pressemitteilung vom 6.3.2008 hat der niedersächsische Städtetag ausgeführt, dass es weder ein ausschließlich Richtiges noch ein ausschließlich falsches Schulsystem gebe. Vielmehr müssten die Schulträger vor Ort entscheiden können, welche konkreten Schulangebote sie vorhalten wollen. Hierzu gehöre insbesondere die Option, neue Gesamtschulen zu bilden.

Meine Fraktion hat ein eigenes Bildungskonzept vorgelegt. Sie verweigern eine Diskussion doch.

- wir wollen 2000 zusätzliche Lehrkräfte
- wir wollen 2000 zusätzliche Plätze für die Ausbildung neuer Lehrkräfte
- wir wollen dort Gesamtschulen einrichten, wo genügend Eltern und Schulträger dies wünschen

- wir wollen die Vollen Halbtagschulen erhalten und den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen
- wir wollen voll ausgestattete Ganztagschulen
- wir wollen die Möglichkeit das Abitur in zwei Geschwindigkeiten zu absolvieren
- wir wollen den Ausbau und Stärkung der regionalen Kompetenz in der beruflichen Bildung
- wir wollen mehr Personal für Schulsozialarbeit

Meine Damen und Herren,

Jeder und Jede von Ihnen hat heute letztmalig die Chance das Gesetz abzulehnen. Ich zitiere dazu aus einem Brief von Eltern:

„Es ist kein Gesichtsverlust seine Meinung zu revidieren, das haben viele andere, ja alle Menschen schon einmal getan, das zeigt die wahre menschliche Größe, in der Lage zu sein den Weg zu wechseln und einen anderen zuzuschreiten.“

Wir und die Menschen wollen wissen wer heute wie abstimmt. Deswegen beantrage ich für meine Fraktion namentliche Abstimmung nach § 84 Abs. 3 der Geschäftsordnung.